

Wir sagen Nein zur Selbstbestimmungsinitiative

Gemeinsam für Menschenrechte und für den Schutz der Institutionen.

Die harmlos als Selbstbestimmungs-Initiative präsentierte Initiative will die Verfassung über völkerrechtliche Verträge stellen. Dies unter dem verführerischen aber auch abgegriffen Titel «Schweizer Recht statt fremde Richter». Nur noch internationale Verträge, die in einer Volksabstimmung bestätigt wurden, sollen für die Schweiz verbindlich sein.

Wird die Initiative angenommen, entsteht statt nationaler Souveränität grosse Rechtsunsicherheit. Viele internationale Verträge, die die Schweiz in den letzten Jahrzehnten verabschiedet hat, müssten neu ausgehandelt oder gekündigt werden. Wir bekämpfen die Initiative aus folgenden Gründen:

- Die Initiative richtet sich vor allem gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die die Grundrechte auch in der Schweiz vor staatlicher Willkür schützt.
- Die Initiative richtet sich gegen das Bundesgericht, das gestützt auf die EMRK hiesige Gesetze auf ihre Grundrechtskonformität überprüfen kann. Weil die Schweiz kein Bundesverfassungsgericht hat, ist das besonders wichtig.
- Die Initiative ist ein Angriff auf die Arbeitnehmenden, deren Rechte durch verschiedene Abkommen der ILO (International Labor Organisation) geschützt sind. Fallen diese Abkommen weg, wird die gewerkschaftliche Arbeit generell erschwert und damit auch der Kampf um einen gerechten Anteil der Beschäftigten am Volkseinkommen.

Die Volksrechte haben in der Schweiz eine grosse Bedeutung. Umso wichtiger ist, dass auch sie in einem institutionellen Rahmen kontrolliert werden können. Dies ist durch internationales Völkerrecht möglich, zu dem die EMRK und die ILO-Konventionen gehören. Ohne diese internationale Einbettung des nationalen Rechts besteht das Risiko einer autoritären und antidemokratischen Herrschaft des «Volkes».

Die Schweiz muss die Grundrechte ihrer Bewohnerinnen wirksam schützen und auch in Zukunft international ein verlässlicher Partnerin bleiben.

Wir sagen Nein zu dieser Initiative, die unsere Stellung in der Welt schwächt und demokratische Rechte und Entscheidungen aushebelt.

GKB, 3.11.2018.

GKB > Selbstbestimmungs-Initiative. Resolution DV, 2018-11-03